

Energie, Klima, Umwelt | Klima

Klimapolitik vor Glasgow

vbw

Position
Stand: Oktober 2021

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Internationale Kooperation vor nationalen Alleingängen

Die Erwartungen an die diesjährige 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow sind groß. Aufgrund der pandemiebedingten Verschiebung des Gipfels um ein Jahr besteht Aufholbedarf, um die ins Stocken geratenen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen.

Alle Staaten sind aufgefordert, bis zum Start der Konferenz ihre aktualisierten Klima-beiträge für das Jahr 2030 vorzulegen. Sie sollen mit dem Ziel kompatibel sein, bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Der im Sommer 2021 veröffentlichte Bericht des Weltklimarats verdeutlicht noch einmal, wie wichtig es ist, die internationale Staatenge-meinschaft auf Zielkurs in Richtung 1,5-Grad zu bringen.

Durch die Rückkehr der USA auf das klimapolitische Parkett ist eine neue Dynamik zu verzeichnen. Mit Spannung wird erwartet, welche der größten Wirtschaftsmächte die Führungsrolle bei den Verhandlungen einnimmt. Die EU hat mit ihrer 2030-Zielverschär-fung und dem zugehörigen Fit-for-55-Paket einen ambitionierten Beitrag vorgelegt. Nun müssen andere große Treibhausgasemittenten nachlegen und sich ebenso ehrgeizige Ziele setzen.

Dass Handlungsbedarf besteht, ist in Politik und Wirtschaft unbestritten. Nun muss das Augenmerk auf die Regelwerke für die praktische Umsetzung des Weltklimavertrags gelegt werden. Es gilt, endlich Klarheit über die Ausgestaltung des globalen Marktmecha-nismus zu schaffen. Dieser bietet die Möglichkeit, Emissionen dort zu mindern, wo es am kostengünstigsten möglich ist. Zudem müssen die Transparenzregeln finalisiert werden, damit alle Staaten in gleicher Weise über ihre Fortschritte beim Klimaschutz berichten.

Internationale Kooperation und ein globales Level-Playing-Field sind die zentralen Voraus-setzungen für einen effizienten und erfolgreichen globalen Klimaschutz. Bis weltweit gleiche Wettbewerbsbedingungen erreicht sind, ist ein verlässlicher Carbon-Leakage-Schutz erforderlich. Effektiver Klimaschutz und eine wettbewerbsfähige Industrie gehören zusammen.

Bertram Brossardt
29. Oktober 2021

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Einleitung	2
1.1 Entwicklung der globalen Treibhausgasemissionen	2
1.2 Lücke zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels	4
2 Erwartungen an die 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow	6
2.1 Zentrale Ergebnisse der Zwischenverhandlungen	6
2.2 Ambitionssteigerung beim Klimaschutz	7
2.3 Engagement der größten Emittenten	9
2.3.1 China	9
2.3.2 USA	9
2.3.3 EU	10
2.3.4 Indien	11
2.4 Ausarbeitung Artikel 6 des Weltklimavertrags	12
2.5 Konkretisierung der Transparenzregeln	13
2.6 Weitere Zusagen für die Klimafinanzierung	14
2.7 Lösungen für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten	16
Literaturverzeichnis	17
Abbildungsverzeichnis	21
Tabellenverzeichnis	22
Ansprechpartner / Impressum	23

Position auf einen Blick

Grundlage für effizienten globalen Klimaschutz schaffen

Ziel der 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow ist es, die Staatengemeinschaft auf Kurs zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zu bringen, die Regelwerke zur Umsetzung des Weltklimavertrags zu finalisieren und neue Mittel für die Klimafinanzierung zu mobilisieren.

Effektiver Klimaschutz kann nur erreicht werden, wenn alle Staaten anspruchsvolle und angemessene Klimaziele verfolgen und diese auch umsetzen. Vor allem die großen Emittenten müssen mit ambitionierten Zielen vorangehen, damit andere Staaten nachziehen.

In Glasgow muss eine Einigung zu den Regeln für den internationalen Marktmechanismus nach Artikel 6 erzielt werden. Dieser ist der Schlüssel für eine kosteneffiziente Erschließung vom Emissionsminderungspotentialen und den Transfer von Klimaschutztechnologien in ärmere Länder. Zudem gilt es robuste Transparenzregeln zu beschließen, um ein effektives und transparentes Monitoring der Klimaschutzfortschritte zu gewährleisten. Die nationalen Klimabeiträge müssen miteinander verglichen und einheitlich überprüft und bewertet werden können.

Die derzeit bestehende Lücke zum 100-Milliarden-US-Dollar-Ziel für die Klimafinanzierung gilt es zu schließen. Alle Staaten, auch Schwellenländer und der Privatsektor müssen Finanzmittel in angemessener Höhe bereitstellen. Vor allem für Projekte zur Anpassung an den Klimawandel und den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten sind zusätzliche Mittel erforderlich, um besonders vulnerable arme Länder zu unterstützen. Zudem gilt es das neue Klimafinanzierungsziel für die Zeit ab 2025 vorzubereiten.

Die EU hat mit ihrem neuen 2030-Klimaziel und dem Fit-for-55-Paket einen ehrgeizigen Klimabeitrag präsentiert. Bei der weiteren Verhandlung des Pakets darf die Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit der geplanten Maßnahmen, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie nicht aus den Augen verloren werden.

Der anvisierte CO₂-Grenzausgleich ist abzulehnen. Dieser birgt handelspolitische Risiken und stellt keine Alternative zu den bisherigen erprobten Instrumenten für den Carbon-Leakage-Schutz dar. Um Wettbewerbsverzerrungen auszugleichen, sollte die EU auf internationale Kooperation setzen. Langfristiges Ziel muss ein einheitlicher globaler CO₂-Preis sein. Die Gründung eines internationalen Klimaclubs könnte hierfür die Grundlage schaffen.

1 Einleitung

Mit dem derzeitigen Ambitionslevel wird das 1,5-Grad-Ziel verfehlt

Mit einem Jahr Verspätung findet vom 31. Oktober 2021 bis zum 12. November 2021 die 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow, Schottland, statt. Der ursprünglich für Ende 2020 angesetzte Gipfel wurde infolge der globalen Corona-Pandemie um ein Jahr verschoben.

Von der 26. UN-Klimakonferenz wird erwartet, das durch die Pandemie entstandene Vakuum zu füllen und die ins Stocken geratenen Verhandlungsprozesse wieder in Gang zu bringen.

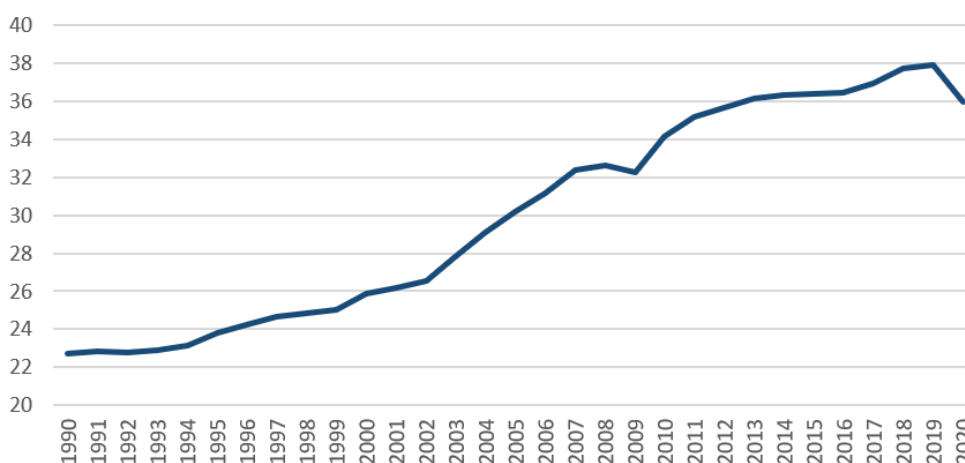
1.1 Entwicklung der globalen Treibhausgasemissionen

In 2020 wurden weltweit rund 36 Gigatonnen (Gt) CO₂ emittiert. Damit lagen die globalen CO₂-Emissionen ca. 5,1 Prozent unter den Emissionen des Vorjahres und knapp unter dem Emissionslevel von 2013.

Abbildung 1

Entwicklung der globalen CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2020

Emissionen in Gt CO₂



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Daten der Emissions Database for Global Atmospheric Research

Die Corona-Pandemie nahm maßgeblichen Einfluss auf den Energieverbrauch in 2020 und damit auch auf die globalen energiebezogenen CO₂-Emissionen. Laut der Internationalen Energie-Agentur (IEA) lagen diese 2020 bei 31,5 Gt CO₂ und damit fast 2 Gt CO₂ bzw. 5,8 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Der Emissionsrückgang war vor allem auf

Einleitung

verringerte Transportaktivitäten infolge der pandemiebedingten Reisebeschränkungen und Lockdown-Maßnahmen zurückzuführen. Im Energiesektor führte die Pandemie zu einer deutlich geringeren Stromnachfrage. Zugleich stieg der Anteil erneuerbarer Energien an der weltweiten Stromerzeugung von 27 auf 29 Prozent an.

Für 2021 prognostiziert die IEA einen Wiederanstieg der energiebedingten CO₂-Emissionen um 1,5 Gt CO₂ bzw. 5 Prozent auf 33 Gt CO₂. Als zentraler Treiber wird die steigende Nachfrage nach Kohle eingestuft.

Die Weltwetterorganisation (World Meteorological Organization – WMO) hat mit ihrem Bericht *State of the Global Climate 2020* dargelegt, dass die Konzentration der Treibhausgase CO₂, CH₄ und N₂O in 2020 weiter angestiegen ist. Laut NOAA Research lag der durchschnittliche weltweite CO₂-Gehalt der Atmosphäre in 2020 bei 412,5 parts per million (ppm). Die WMO geht davon aus, dass die CO₂-Konzentration in 2021 auf 414 ppm steigen könnte.

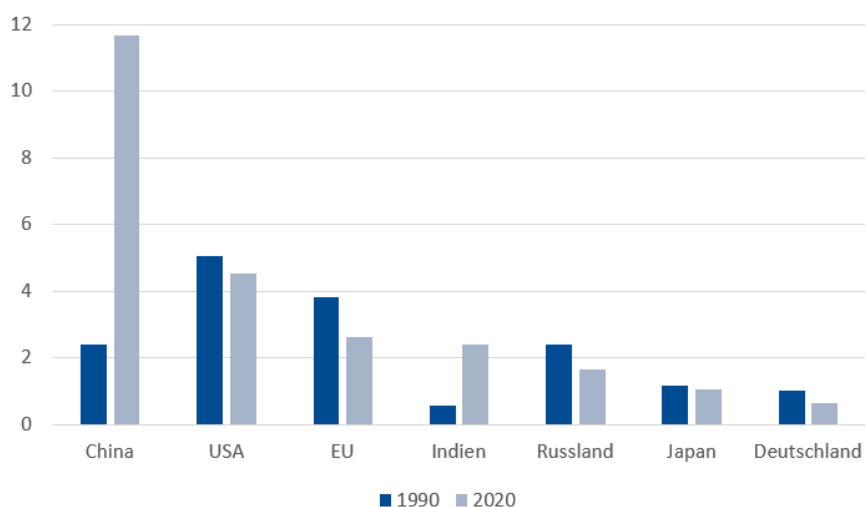
Zu den sechs weltweit größten CO₂-Emittenten zählen China, die USA, die EU, Indien, Russland und Japan (siehe Abbildung 2). Die sechs Akteure repräsentieren 49,5 Prozent der Weltbevölkerung, 61,8 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und 65,2 Prozent des globalen Verbrauchs fossiler Brennstoffe. Sie waren 2020 für insgesamt 24 Gt CO₂ und damit für knapp zwei Drittel der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich.

Deutschland ist mit rund 636,9 Millionen t CO₂ der größte Emittent der EU und belegt Rang acht der weltweit größten CO₂-Emittenten.

Abbildung 2

CO₂-Emissionen der größten Emittenten 1990 vs. 2020

Emissionen in Gt CO₂

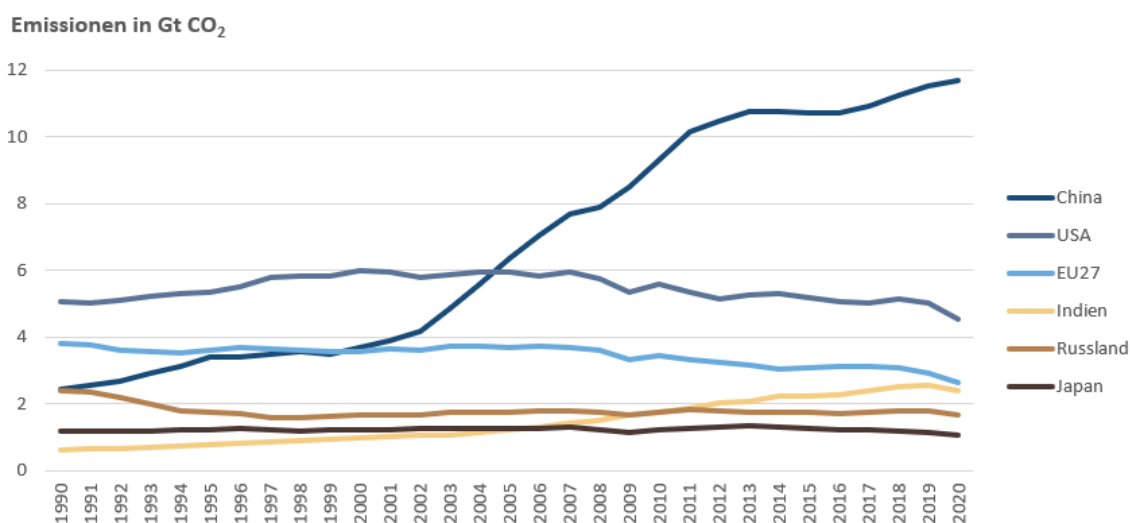


Quelle: Eigene Darstellung gemäß Daten der Emissions Database for Global Atmospheric Research

China war 2020 die einzige große Wirtschaftsmacht, die trotz der Corona-Pandemie einen Anstieg der CO₂-Emissionen zu verzeichnen hatte (Anstieg um rund 1,5 Prozent gegenüber 1990). Die anderen fünf größten Emittenten verbuchten einen Emissionsrückgang in einer Spannweite von 6 bis 11 Prozent.

Abbildung 3

Entwicklung der Emissionen der größten CO₂-Emittenten 1990 bis 2020



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Daten der Emissions Database for Global Atmospheric Research

1.2 Lücke zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels

Im Vorfeld der 26. UN-Klimakonferenz wurden diverse Berichte und Studien veröffentlicht. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass die derzeitigen Klimaschutzbestrebungen der Staaten nicht ausreichen, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten und verdeutlichen, dass ein Handeln erforderlich ist.

Anfang August 2021 wurde der erste Teil des 6. Sachstandberichts des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) vorgelegt: Der Bericht zeigt erneut auf, dass der Klimawandel nachweislich auf den Menschen zurückzuführen ist. Die Veränderung des Klimas habe sich beschleunigt, vor allem die globale Erderwärmung: So warnt der IPCC, dass die 1,5-Grad-Marke in allen Emissionsszenarien bereits Anfang der 2030er-Jahre und damit zehn Jahre früher als bisher erwartet erreicht wird. Damit einhergehend würden Wetter- und Klimaextreme wie Hitzewellen, Starkniederschläge, Dürren und Wirbelstürme künftig noch intensiver und häufiger auftreten, so der Bericht. Um die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, müssen die weltweiten CO₂-Emissionen laut IPCC ab sofort bis 2050 auf netto null sinken. Das verbleibende CO₂-Budget für die Einhaltung der 1,5-Grad-Marke mit 66-prozentiger Wahrscheinlichkeit beziffert der

[Einleitung](#)

Weltklimarat auf 400 Gt CO₂. Auch die Emissionen anderer Treibhausgase wie z. B. Methan müssten deutlich verringert werden, so der IPCC.

Die Initiative Climate Action Tracker präsentierte im Mai 2021 den Bericht *Warming Projections Global Update*. Dieser beziffert die Emissionslücke für das Jahr 2030 zwischen dem derzeitigen Klimaschutzengagement und dem 1,5-Grad-Zielpfad auf 20 bis 23 Gt CO₂-Äquivalente (CO₂e).

Das World Resources Institute (WRI) hob Mitte September 2021 mit dem Bericht *Closing the Gap* die Rolle der G20 für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels hervor. Würden sich alle G20-Staaten zu ambitionierten 2030-Zielen und einer Klimaneutralität bis 2050 bekennen, so könnte der Anstieg der globalen Erwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf 1,7 Grad Celsius begrenzt werden. Die derzeitigen Klimaziele der G20 würden zu einem Temperaturanstieg von 2,4 Grad Celsius führen, so der Bericht. Die G20 verantworten rund 75 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen.

2 Erwartungen an die 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow

Grundlage für wirksamen und kosteneffizienten Klimaschutz schaffen

Die 26. UN-Klimakonferenz wird vom Vereinigten Königreich in Partnerschaft mit Italien ausgerichtet. Als Präsident des Gipfeltreffens wurde Alok Sharma, der britische Minister für Wirtschaft, Energie und Industriestrategie, benannt.

Der Gastgeber Vereinigtes Königreich hat sich zum Ziel gesetzt, die 26. UN-Klimakonferenz zu einem Wendepunkt der internationalen Klimapolitik zu machen und vorab folgende vier Kernziele definiert:

1. Die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
2. Die Anpassung von Kommunen und natürlichen Lebensräumen an den Klimawandel zu unterstützen.
3. Neue Mittel für die Klimafinanzierung zu mobilisieren.
4. Das Klimaschutzengagement durch globale Zusammenarbeit zu beschleunigen.

2.1 Zentrale Ergebnisse der Zwischenverhandlungen

Zur Vorbereitung der 26. UN-Klimakonferenz fanden diverse Gipfeltreffen statt. Die größte Tragweite hatte der durch US-Präsident Biden organisierte Klimagipfel am 22. April 2021, an dem 40 Regierungschefs teilnahmen. Neben den USA präsentierten u. a. Japan und Kanada neue nationale Klimabeiträge (Nationally Determined Contributions – NDCs). Kurz vor dem Treffen gab auch der britische Premierminister Boris Johnson ein neues nationales Emissionsminderungsziel von 78 Prozent für 2035 bekannt. Dieses baut auf der bereits im Dezember 2020 kommunizierten verschärften NDC des Vereinigten Königreichs auf.

Beim Petersberger Klimadialog im Mai 2021 präsentierte Bundeskanzlerin Angela Merkel die verschärften Klimaziele Deutschlands: Bis 2030 sollen die Emissionen des Landes um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken, Klimaneutralität soll 2045 erreicht werden.

Während die Bonner Zwischenkonferenz kaum Verhandlungsfortschritte brachte, verständigten sich die Umweltminister der G7 im Juni 2021 auf eine Klimaneutralität bis spätestens 2050, eine weitestgehende Dekarbonisierung der Stromversorgung bis 2040 und eine Beendigung der staatlichen Finanzierung von Kohlekraftwerken bis Ende 2021. Deutschland kündigte zudem an, bis spätestens 2025 seine Mittel für die internationale Klimafinanzierung von vier auf sechs Milliarden Euro zu erhöhen. Auch Kanada sagte zu, seinen Beitrag zur Klimafinanzierung auf 5,3 Milliarden US-Dollar zu verdoppeln.

Beim *Major Economies Forum* am 17. September 2021 kündigten die USA und die EU die Initiative *Global Methane Pledge* an, die bei der 26. UN-Klimakonferenz offiziell lanciert

werden soll. Diese verfolgt das Ziel, die weltweiten Methanemissionen bis 2030 um mindestens 30 Prozent gegenüber 2020 zu senken und damit die Erderwärmung bis 2050 um 0,2 Grad Celsius zu senken. Neben den USA und der EU signalisierten sieben weitere Länder, darunter Argentinien, Mexiko und das Vereinigte Königreich, ihre Bereitschaft, die Initiative zu unterstützen.

2.2 Ambitionssteigerung beim Klimaschutz

Infolge der Corona-Pandemie wurde den Vertragsstaaten des Weltklimavertrags bis zum 31. Juli 2021 Zeit eingeräumt, ihre angepassten nationalen Klimapläne vorzulegen. Staaten, deren aktuelle NDCs sich auf das Jahr 2025 beziehen, wurden aufgefordert, eine neue NDC für 2030 einzureichen. Staaten, mit einer NDC für das Jahr 2030 wurden angehalten, ihre NDC zu aktualisieren.

Bis zum 18. Oktober 2021 hatten nur 113 Staaten und die EU ihre aktualisierten NDCs eingereicht. Vor diesem Hintergrund wurden die Staaten, die bis dato keinen neuen oder angepassten Klimabeitrag eingereicht hatten, aufgefordert, dies bis zur 26. UN-Klimakonferenz zu tun. Auch Staaten, die bereits eine neue NDC übermittelt hatten, wurden gebeten, ihr Ambitionslevel bis zum Start des Gipfels nochmals zu steigern.

Ein stärkeres Klimaziel legten u. a. die EU, die USA, Japan, Kanada, Südafrika und das Vereinigte Königreich vor. Einige Staaten wie Australien, Russland, Brasilien, Neuseeland und Mexiko übermittelten zwar eine neue NDC, steigerten jedoch ihr Ambitionsniveau kaum oder gar nicht. Andere Staaten, wie China oder Südkorea hatten zwar eine Zielverschärfung angekündigt, aber bis dato keine neue NDC beim UN-Klimasekretariat eingereicht. Auch von großen Emittenten wie Indien und Saudi-Arabien lag mit Stand vom 18. Oktober 2021 noch keine aktualisierte NDC vor.

Die nationalen Klimabeiträge sind nur schwer vergleichbar, da verschiedene Basisjahre zugrunde gelegt werden. So bezieht beispielsweise die EU ihr Klimaziel auf das Basisjahr 1990. Die USA nutzen 2005 als Basisjahr, Japan das Jahr 2013.

Tabelle 1

Alte und neue NDCs der größten Treibhausgasemittenten im Vergleich

	Alte NDC	Neue NDC	Basisjahr	
EU	Emissionsminderung -40 % bis 2030	Emissionsminderung -55 % bis 2030	1990	↑
USA	Emissionsminderung -26 bis -28 % bis 2025	Emissionsminderung -50 bis -52 % bis 2030	2005	↑
China	Peak Emissionen in 2030	Peak Emissionen vor 2030 (angekündigt)	-	?
Indien	Senkung Emissionsintensität -33 bis -35 % bis 2030	Aktualisierte NDC ausstehend	2005	?
Russland	Emissionsminderung -25 bis -30 % bis 2030	Emissionsminderung -30 % bis 2030	1990	→
Japan	Emissionsminderung -26 % bis 2030	Emissionsminderung -46 % bis 2030	2013	↑



Ambitionssteigerung



Keine / minimale Ambitionssteigerung

In 2023 steht die erste *globale Bestandsaufnahme* an. In deren Rahmen werden alle fünf Jahre die Fortschritte der Staaten in puncto Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel sowie Klimafinanzierung bewertet. Zwei Jahre später in 2025 sind die Staaten erneut aufgefordert, aktualisierte Klimaschutzbeiträge vorzulegen. Der Weltklimavertrag sieht vor, dass diese noch ehrgeiziger sein müssen als die vorangegangenen NDCs. In Glasgow soll diskutiert werden, auf welchen Zeitrahmen sich diese beziehen sollen. Zur Debatte stehen das Jahr 2035, das Jahr 2040 oder eine Kombination der beiden Zieljahre.

Forderung der vbw

Effektiver Klimaschutz kann nur erreicht werden, wenn alle Staaten an einem Strang ziehen, das heißt, anspruchsvolle und Paris-konforme Klimaziele verfolgen und diese letztlich auch umsetzen. Eine Ambitionssteigerung auf internationalem Level gelingt nur, wenn diese von den größten Industriestaaten mitgetragen wird. Vor allem die weltweit größten Emittenten sollten ähnlich ehrgeizige Klimaziele festsetzen und sich auf eine gemeinsame Zielmarke für die Erreichung von Klimaneutralität einigen.

In Glasgow müssen einheitliche Regeln für die Festsetzung der neuen NDCs in 2025 geschaffen werden, damit eine Vergleichbarkeit der Klimabeiträge gegeben ist.

2.3 Engagement der größten Emittenten

China, die USA, die EU und Indien sind die vier weltweit größten Emittenten. In 2020 waren sie für knapp 60 Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Deren Klimaschutzengagement wirkt sich folglich maßgeblich auf den globalen Klimaschutz aus. Gehen diese Akteure mit ambitionierten Klimazielen voran, so kann dies auch andere Staaten motivieren, angemessene Klimabeiträge festzusetzen. Vor allem Indien kann als Vorbild für Entwicklungsländer fungieren.

China, die USA und die EU werden als Taktgeber der internationalen Klimapolitik angesehen. Mit Spannung wird beobachtet, welcher der drei Akteure künftig die Führungsrolle bei den Klimaverhandlungen übernehmen wird.

2.3.1 China

Chinas Präsident Xi Jinping hat bereits im Dezember 2020 eine Anhebung der nationalen Klimaziele angekündigt: Noch vor 2030 sollen die CO₂-Emissionen Chinas ihren Peak erreichen. Bis 2030 sollen die CO₂-Emissionen pro BIP-Einheit um über 65 Prozent gegenüber 2005 sinken. Zudem möchte das Land noch vor 2060 CO₂-Neutralität erreichen. Des Weiteren soll bis 2030 der Anteil nicht-fossiler Brennstoffe am Primärenergieverbrauch auf 25 Prozent steigen und die installierte Kapazität an Wind- und Solarenergie auf mehr als 1.200 Gigawatt erhöht werden.

Aktuell basiert die Stromerzeugung Chinas zu 60 Prozent auf Kohle. Rund die Hälfte der weltweiten Förderung und des weltweiten Verbrauchs von Kohle sind China zuzuordnen. Im April 2021 gab Jinping bekannt, dass China zwischen 2021 und 2025 den Anstieg des Kohleverbrauchs begrenzen würde. Ein schrittweiser Kohleausstieg ist erst ab 2026 geplant. Im September 2021 kündigte Jinping an, Entwicklungsländer bei der Entwicklung grüner und CO₂-armer Energietechnologien künftig stärker zu unterstützen und keine neuen Kohlekraftwerke im Ausland mehr zu errichten.

Als zentrales Klimaschutzinstrument hat der chinesische Emissionshandel Mitte Juli 2021 seinen Betrieb aufgenommen. Zum Handelsauftakt lag der Zertifikatspreis bei 48 Yuan (ca. 6,30 Euro) pro t CO₂ und damit deutlich unter dem Preisniveau des europäischen Emissionshandels (ca. 60 Euro pro t CO₂). Das chinesische Handelssystem erfasst rund 2.200 Energieunternehmen, die mehr als vier Milliarden CO₂ emittieren (= rund 35 Prozent der CO₂-Emissionen Chinas). Das System soll künftig auf weitere Sektoren wie die Chemie-, Papier- oder Stahlindustrie ausgeweitet werden.

2.3.2 USA

Mit dem neuen US-Präsidenten Joseph Biden hat die US-Klimapolitik eine Kehrtwende erfahren. Unmittelbar nach seinem Amtseintritt verkündete Biden den Wiedereintritt der

USA in den Weltklimavertrag. John Kerry wurde als Sonderbeauftragter für Klimaschutz berufen und ein umfassendes Klimapaket angestoßen.

Ende April 2021 präsentierte Biden den neuen Klimabeitrag der USA unter dem Weltklimavertrag: Danach sollen die Emissionen der Vereinigten Staaten bis 2030 um 50 bis 52 Prozent gegenüber 2005 sinken. Bis 2050 wird Klimaneutralität angestrebt. Darüber hinaus soll die Stromerzeugung bis 2035 zu 100 Prozent CO₂-frei sein.

Zeitgleich legte Biden einen *International Climate Finance Plan* vor. In diesem wurde eine Verdopplung der jährlichen Mittel für die internationale Klimafinanzierung auf rund 5,7 Milliarden US-Dollar pro Jahr angekündigt. Im September 2021 sagte Biden eine weitere Verdopplung der Mittel bis 2024 auf 11,4 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu.

Im Juli 2021 wurde seitens der US-Demokraten ein Vorschlag für die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichs präsentiert. Danach soll ab 2024 eine Steuer auf Importprodukte wie z. B. Aluminium, Zement, Eisen, Stahl, Erdgas, Öl und Kohle erhoben werden. Die Höhe der Steuer soll sich an den Kosten bemessen, die US-Unternehmen durch Umweltregularien tragen müssen. Der Vorschlag weist eine große Ähnlichkeit zum Konzept des europäischen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus auf (siehe Abschnitt 2.2.3).

2.3.3 EU

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich bereits Ende 2020 auf eine Verschärfung des 2030-Klimaziels der EU geeinigt: Bis 2030 sollen die Emissionen der EU um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 sinken. Klimaneutralität wird bis 2050 angestrebt. Die aktualisierte NDC der EU wurde am 17. Dezember 2021 beim UN-Klimasekretariat eingereicht.

Im Juli 2021 hat die EU-Kommission ein umfassendes Klimapaket – das *Fit-for-55-Paket* – verabschiedet, das auf die Erfüllung des neuen 2030-Ziels hinwirken soll. Es sieht u. a. Verschärfungen im EU-Emissionshandel (EU-ETS) und ein separates Emissionshandelsystem für die Sektoren Gebäude und Straßenverkehr vor.

Gegenstand des Pakets ist darüber hinaus ein Vorschlag für die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism – CBAM). Dieser zielt darauf ab, die Verlagerung von CO₂-Emissionen in Nicht-EU-Länder mit geringeren Klimaschutzauflagen, zu vermeiden. Importeure bestimmter Produkte sollen für die Emissionen, die bei deren Herstellung anfallen, CO₂-Zertifikate erwerben. Deren Preis soll sich an den Zertifikatspreisen im EU-ETS bemessen. Der CBAM soll zunächst nur für Importprodukte aus den Sektoren Zement, Strom, Düngemittel, Eisen und Stahl sowie Aluminium greifen. Für diese Sektoren soll das Instrument schrittweise die im Rahmen des EU-ETS gewährte kostenfreie Zuteilung ersetzen.

2.3.4 Indien

Indien ist der weltweit viertgrößte CO₂-Emittent. Die Pro-Kopf-Emissionen des Landes liegen mit rund 1,7 t CO₂ jedoch deutlich unter dem globalen Durchschnitt (4,6 t CO₂ pro Kopf). Das Land wurde besonders schwer durch den Corona-Virus getroffen und verzeichnete infolge der Pandemie in 2020 erstmals seit Jahrzehnten einen Emissionsrückgang (Verringerung um 5,9 Prozent gegenüber 2019).

Indien hat seinen Klimabeitrag bis dato noch nicht aktualisiert. In seiner 2016 eingereichten NDC setzt sich das Land zum Ziel, die Emissionen pro BIP-Einheit um 33 bis 35 gegenüber 2005 zu senken. Bis 2030 sollen 40 Prozent des erzeugten Stroms aus regenerativen Energien stammen. Des Weiteren sollen die Erneuerbare-Energien-Kapazitäten bis Ende 2022 auf 175 GW steigen. 2019 hat Indien sein Erneuerbare-Energien-Ziel fortgeschrieben: Bis 2030 sollen die regenerativen Kapazitäten auf 450 GW ausgebaut werden.

Zugleich setzt das Land jedoch weiter auf die Ausweitung seiner Kohlekapazitäten, um den steigenden Energiebedarf zu decken. Laut IEA könnten die Kapazitäten der indischen Kohlekraftwerke bis 2030 auf 269 GW steigen (Status Quo 2019: 235 GW). Aktuell werden in Indien rund 70 Prozent des Stroms mit Kohle erzeugt.

Forderung der vbw

Die EU hat mit ihrem neuen 2030-Klimaziel und dem Fit-for-55-Paket einen ehrgeizigen Klimabeitrag präsentiert, der das Ambitionsniveau der USA und Chinas übersteigt. Bei der weiteren Aushandlung des Pakets darf die Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit der geplanten Maßnahmen, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie nicht aus den Augen verloren werden. Der Fahrplan der EU wird seiner Vorreiterrolle nur dann gerecht, wenn er es schafft, Klimaschutz und eine starke wettbewerbsfähige Wirtschaft miteinander zu vereinen.

Unternehmen brauchen verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen, damit sie die Transformation in Richtung Netto Null-Emissionen bewältigen und zugleich eine globale Führungsrolle bei Klimaschutz- und Energietechnologien einnehmen können. Hierzu zählen industriefreundliche Strompreise, ein starkes Innovationsumfeld und vor allem ein wirksamer und verlässlicher Carbon-Leakage-Schutz. Der anvisierte CO₂-Grenzausgleich ist abzulehnen. Dieser birgt handelspolitische Risiken und stellt keine Alternative zu den bisherigen erprobten Instrumenten für den Carbon-Leakage-Schutz dar.

Um Wettbewerbsverzerrungen auszugleichen und ein globales Level-Playing-Field zu etablieren, sollte die EU auf internationale Kooperation setzen. Langfristiges Ziel muss ein einheitlicher globaler CO₂-Preis sein. Die Gründung eines internationalen Klimaclubs könnte hierfür die Basis schaffen. Wichtige Player wie die USA und China und weitere G20-Staaten müssten von Beginn an eingeschlossen werden. Der Club sollte kontinuierlich um weitere Partner erweitert werden

2.4 Ausarbeitung Artikel 6 des Weltklimavertrags

Artikel 6 des Weltklimavertrages sieht vor, dass Staaten bei der Umsetzung ihrer Klimaziele mit anderen Staaten auf freiwilliger Basis kooperieren können. Vorgesehen ist unter anderem ein internationaler Marktmechanismus, der zu einer allgemeinen Minderung der globalen Treibhausgasemissionen und gleichzeitig zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen soll (Artikel 6.4).

Der marktbasierter Mechanismus nach Artikel 6.4 soll ermöglichen, dass Staaten Emissionsminderungen, die in einem anderen Land realisiert werden, in ihrem eigenen Klimaziel berücksichtigen dürfen. Beispielsweise kann ein Staat in ein Solarkraftwerk im Ausland investieren, wodurch dort weniger fossile Brennstoffe eingesetzt werden. Die vermiedene Menge an Emissionen soll der Investorstaat auf sein eigenes Klimaziel anrechnen können.

Ein entsprechender Marktmechanismus bietet die Möglichkeit, Klimaschutztechnologien in Länder zu transferieren, denen es an technischem Know-how und eigenen Finanzmitteln mangelt. Den investierenden Staaten ermöglicht er, Emissionen dort einzusparen, wo dies am kostengünstigsten erreicht werden kann. Hierdurch können Anreize für ambitioniertere Klimaziele geschaffen werden.

Bisher sind die Verhandlungen zu Artikel 6.4 vor allem an der Frage gescheitert, wie eine doppelte Anrechnung der Emissionsminderung vermieden werden kann. In diesem Kontext wird über *corresponding adjustments* diskutiert. Diese sollen regeln, dass nur das Land, das die entsprechenden Emissionsminderungszertifikate erwirbt, diese auf seine Treibhausgasbilanz anrechnen darf. Das Gastland hingegen darf die Emissionsreduktion nicht in seiner Emissionsbilanz berücksichtigen.

Darüber hinaus ist weiter strittig, wie gewährleistet werden kann, dass der internationale Marktmechanismus zu einer tatsächlichen Minderung der globalen Emissionen führt. Dies bedeutet, dass eine zusätzliche Emissionsreduktion erfolgt, die ohne den Mechanismus nicht erfolgt wäre. In diesem Kontext steht eine automatische Kürzung der generierten Emissionsreduktion zur Debatte: Beispielsweise könnten zwei Prozent der erzeugten Zertifikate gelöscht werden, sodass der Empfängerstaat lediglich 98 Prozent der erzielten Minderung anrechnen kann.

Artikel 6.4 des Weltklimavertrags zielt explizit darauf ab, auch private Unternehmen bei der Treibhausgasreduktion zu beteiligen. Die Zertifikate, die unter dem neuen Marktmechanismus generiert werden, sollen folglich auch auf dem freiwilligen Markt für die Treibhausgaskompensation gehandelt werden können.

Der freiwillige Markt kann die Wirtschaft auf dem Zielpfad zur Klimaneutralität maßgeblich unterstützen. Er bietet Unternehmen die Möglichkeit, Minderungszertifikate zu erwerben und zur Kompensation von Emissionen zu verwenden. Hierdurch können Emissionen adressiert werden, die auf andere Weise nur schwer oder gar nicht verringert werden können. Hierzu zählen beispielsweise prozessbedingte Emissionen, die bei der Produktion von Kalk oder Zement entstehen.

Der neue Marktmechanismus wird den freiwilligen Markt maßgeblich beeinflussen. Auch hier besteht das Risiko einer Doppelzählung, wenn ein Unternehmen erworbene Mindestzertifikate auf seine Klimabilanz anrechnet und zugleich das Gastland des Klimaschutzprojektes die Emissionsminderung in seiner NDC berücksichtigt. In der Folge müssen entsprechende *corresponding adjustments* auch Anwendung finden, wenn Klimaschutzzertifikate für die Erfüllung betrieblicher Klimaziele eingesetzt werden.

Forderung der vbw

In Glasgow muss eine Einigung zu den Regeln für die Umsetzung von Artikel 6.4 des Weltklimavertrags erzielt werden. Der internationale Marktmechanismus ist der Schlüssel für eine kosteneffiziente Erschließung vom Emissionsminderungspotentialen und den Transfer von Klimaschutztechnologien in ärmere Länder.

Die Möglichkeit der doppelten Anrechnung von Emissionsminderungen muss ausgeschlossen werden. Andernfalls werden die Ziele des Weltklimavertrags unterlaufen. Für die anvisierten *corresponding adjustments* gilt es die entsprechenden regulatorischen und technischen Grundlagen zu schaffen.

Es bedarf klarer Regelungen und Standards, damit auch Unternehmen von dem markt-basierten Mechanismus profitieren können. Wird bei der 26. UN-Klimakonferenz keine Einigung zu den Regeln erzielt, bleibt die derzeitige große Planungsunsicherheit auf dem freiwilligen Markt bestehen.

2.5 Konkretisierung der Transparenzregeln

Bei der 24. UN-Klimakonferenz in Kattowitz wurde ein Transparenzrahmen beschlossen, der vorgibt, wie die Staaten über ihre Emissionen und ihre Fortschritte bei der Erfüllung ihrer Klimabeiträge berichten sollen. Die Transparenzregeln sollten ursprünglich bei der 25. UN-Klimakonferenz ergänzt werden, beispielsweise um klare Vorgaben zur Gliederung der Berichte zu geben. Eine Einigung konnte damals nicht erzielt werden. Der Transparenzrahmen soll nun bei der 26. UN-Klimakonferenz spezifiziert werden.

Forderung der vbw

In Glasgow muss ein Beschluss zu den Transparenzregeln gefasst werden. Diese bilden die Basis für ein effektives und transparentes Monitoring der Klimaschutzfortschritte. Die nationalen Klimabeiträge müssen miteinander verglichen und einheitlich überprüft und bewertet werden können.

2.6 Weitere Zusagen für die Klimafinanzierung

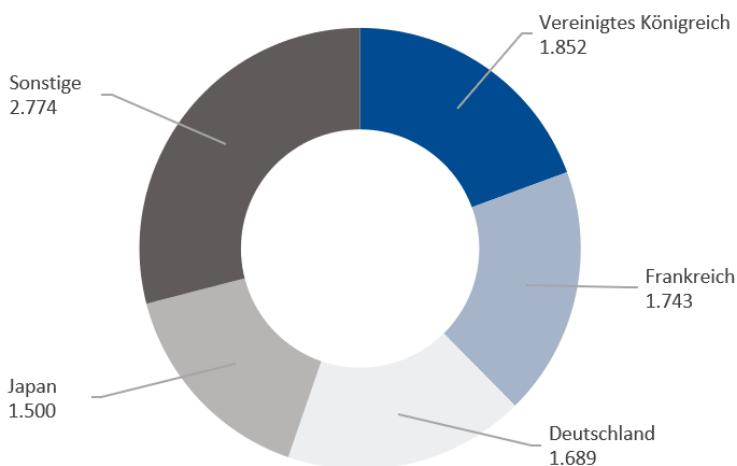
Die Staatengemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutz und Klimaanpassung zu mobilisieren. Nach einem Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) von September 2021 wurden von den Industriestaaten in 2019 rund 79,6 Milliarden US-Dollar für die Klimafinanzierung bereitgestellt. Folglich besteht eine Lücke von rund 20 Milliarden US-Dollar zum 100 Milliarden US-Dollar-Ziel für 2020. Von den 2019 mobilisierten Geldern flossen rund 64 Prozent der Gelder in Klimaschutzprojekte, 25 Prozent in Klimaanpassungsprojekte und rund elf Prozent in übergreifende Projekte.

Als zentrales Werkzeug für die internationale Klimafinanzierung fungiert der Green Climate Fund (GCF). Die Mittel des Fonds fließen jeweils zur Hälfte in Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. Bis dato wurden 190 Projekte mit einem Volumen von rund zehn Milliarden US-Dollar bewilligt. In 2019 startete die erste Runde zur Wiederauffüllung des Fonds. Bis dato wurden rund zehn Milliarden US-Dollar zugesagt. Deutschland zählt mit Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Japan zu den größten Geberländern.

Abbildung 4

Die größten Geberländer für die Wiederauffüllung des Green Climate Fund

Zusage in Mio. US-Dollar



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Angaben des Green Climate Fund

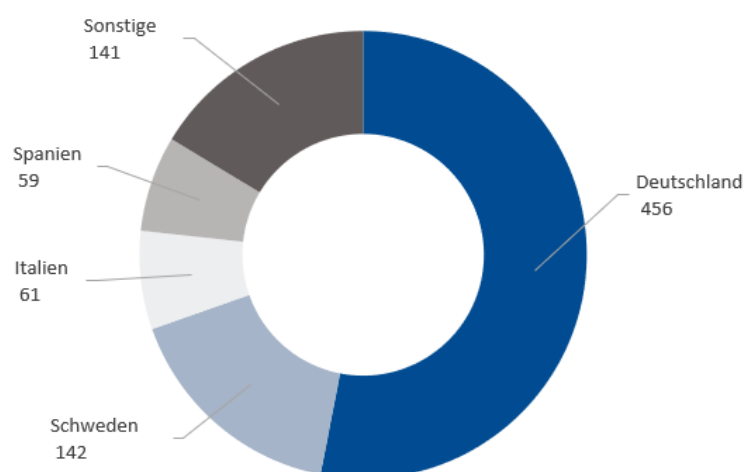
Der Anpassungsfonds zielt darauf ab, Projekte in Entwicklungsländern zu finanzieren, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind. Seit 2010 wurden aus dem Fonds rund 850 Millionen US-Dollar für 123 Anpassungsprojekte bereitgestellt. Der Fonds wurde bisher mit Verkaufserlösen von Zertifikaten aus dem Clean Development Mechanism (CDM) unter dem Kyoto-Protokoll und mit freiwilligen Spenden gespeist. Bis dato wurden von

Geberländern rund 859 Millionen Euro in den Fonds eingezahlt. Deutschland ist mit rund 456 Millionen. US-Dollar der bisher größte Unterstützer.

Abbildung 5

Die größten Geberländer des Anpassungsfonds

Zusage in Mio. US-Dollar



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Angaben der Weltbank

Ziel der 26. UN-Klimakonferenz ist es, weitere Gelder für die Klimafinanzierung zu mobilisieren. Die Klimafinanzierungsversprechen sind ausschlaggebend für das Ambitionslevel der Klimaschutzbeiträge der ärmeren Entwicklungsländer. Diese unterscheiden in ihren NDCs meist zwischen den Klimazielen, die mit eigenen Mitteln erreichbar sind, und den Klimabeiträgen, die sie nur realisieren können, wenn sie eine externe finanzielle Unterstützung erhalten.

Darüber hinaus soll in Glasgow mit der Ausarbeitung des neuen Ziels für die Klimafinanzierung ab 2025 begonnen werden.

Forderung der vbw

Um die bestehende Lücke zum 100-Milliarden-US-Dollar-Ziel zu schließen, müssen alle Staaten Finanzmittel in angemessener Höhe bereitstellen. Auch Schwellenländer und der Privatsektor müssen einen fairen Beitrag leisten. Vor allem die Mittel für Projekte zur Anpassung an den Klimawandel müssen angehoben werden, um besonders vulnerable arme Länder zu unterstützen. Zudem gilt es erste Fortschritte bei der Vorbereitung des Klimafinanzierungsziels für die Zeit ab 2025 zu erzielen.

2.7 Lösungen für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten

Der 2013 geschaffene *Warschau-Mechanismus* zielt darauf ab, besonders vulnerable Staaten beim Umgang mit Schäden und Verlusten (*Loss and Damage*) infolge des Klimawandels zu unterstützen, beispielsweise durch die Bereitstellung von finanziellen Hilfen.

Bei der 25. UN-Klimakonferenz in 2019 stand eine Überprüfung des Mechanismus an. In deren Rahmen wurde eine Expertengruppe gegründet, die u. a. untersuchen soll, wie Entwicklungsländern leichter Zugang zu Finanzmitteln erhalten können. Zur künftigen Ausgestaltung des Instruments konnte jedoch keine Einigung erzielt werden. Zudem ist unklar, wie die Gelder für *Loss and Damage* mobilisiert werden sollen.

In Glasgow soll die Zukunft des Instruments weiter diskutiert werden. Viele Entwicklungsländer und NGOs fordern, das Thema als permanenten Agendapunkt bei den Verhandlungsrunden zu verankern und auch bei der Ausarbeitung des neuen Klimafinanzierungsziels für die Zeit ab 2025 zu berücksichtigen. Ferner wird eine vollständige Operationalisierung des *Santiago Netzwerks für Schäden und Verluste* erwartet, welches technische Unterstützung, Know-how und Ressourcen für den Umgang mit Klimarisiken bereitstellen soll.

Deutschland hat im Januar 2021 beim Globalen Anpassungsgipfel 220 Millionen Euro für den Ausbau von Klimaversicherungen und die Unterstützung der am wenigsten entwickelten Ländern bei der Klimaanpassung zugesagt.

Forderung der vbw

Auch andere Industriestaaten müssen neue und zusätzliche Finanzmittel für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten bereitstellen. Vor allem Klimaversicherungen sind ein wichtiger Ansatz, um die Resilienz von Entwicklungsländern gegenüber Klimarisiken zu erhöhen.

Literaturverzeichnis

Allianz für Entwicklung und Klima / GIZ (2021):

Leitfaden: Vermeidung von Doppelzählung und Unterstützung der Gaststaaten im freiwilligen Markt. Bonn / Eschborn: Allianz für Entwicklung und Klima / Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

BMU (2021):

Petersberger Klimadialog: Ministerinnen und Minister wollen Weltklimakonferenz in Glasgow zu Erfolg führen. Pressemitteilung Nr. 095/21. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

BMZ (2021):

Globaler Anpassungsgipfel Deutschland verstärkt Engagement für Anpassung an den Klimawandel in besonders betroffenen Ländern. Pressemitteilung vom 25. Januar 2021. Berlin: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Climate Analytics / NewClimate Institute (2021):

Climate Action Tracker. Warming Projections Global Update. May 2021. Köln / Berlin: Climate Analytics / NewClimate Institute

Climate Analytics / NewClimate Institute (2021):

CAT Climate Target Update Tracker. Köln / Berlin: Climate Analytics / NewClimate Institute. Verfügbar unter: <https://climateactiontracker.org/climate-target-update-tracker/>

Climate Analytics / WRI (2021):

Closing the Gap: The Impact of G20 Climate Commitments on Limiting Global Temperature Rise to 1.5°C. Köln / Washington: Climate Analytics / World Resources Institute (WRI)

Crippa, M., Guizzardi, D., Solazzo, E., Muntean, M., Schaaf, E., Monforti-Ferrario, F., Banja, M., Olivier, J.G.J., Grassi, G., Rossi, S., Vignati, E.

GHG emissions of all world countries – 2021 Report. EUR 30831 EN. Luxemburg: Publications Office of the European Union

Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle (2021):

Sechster IPCC-Sachstandsbericht (AR6). Beitrag von Arbeitsgruppe I: Naturwissenschaftliche Grundlagen. Hauptaussagen. Bonn: Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle

EU-KOM (2021):

EU und USA wollen Methanemissionen reduzieren. Pressemitteilung IP/21/4785 vom 18. September 2021. Brüssel: Europäische Kommission (EU-KOM)

Europäischer Rat (2021):

2021 G7 Leaders' communiqué: Our shared agenda for global action to build back better. Pressemitteilung 484/21 vom 13. Juni 2021. Brüssel: Europäischer Rat

Germanwatch e. V. (2021):

USA und Großbritannien setzen Aufbruchssignal für deutlich verbesserte Klimaschutzziele. Bonn: Germanwatch e. V.

GCF (2021):

Status of Pledges (IRM and GCF-1). Status Date: 30 September 2021. Incheon: Green Climate Fund (GCF)

Government of Canada (2021):

Canada's international climate finance.

Verfügbar unter: <https://www.canada.ca/en/services/environment/weather/climatechange/canada-international-action/climate-finance.html>

Government of India (2016):

INDIA'S INTENDED NATIONALLY DETERMINED CONTRIBUTION :WORKING TOWARDS CLIMATE JUSTICE.

Heinrich-Böll-Stiftung e.V. (2021):

Bidens Gipfel bringt Ambitionsschub aber keine US-Vorreiterrolle im internationalen Klimaprozess. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Verfügbar unter: <https://www.boell.de/de/2021/04/29/bidens-klimagipfel-bringt-ambitionsschub-aber-keine-us-vorreiterrolle>

Heinrich-Böll-Stiftung e.V. (2021):

G7-Gipfel: Deutschland sagt Steigerung der Klimafinanzierung zu. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Verfügbar unter: <https://www.deutschemklimafinanzierung.de/blog/2021/06/g7-gipfel-deutschland-sagt-steigerung-der-klimafinanzierung-zu/>

IEA (2020):

India 2020. Executive Summary. Paris: International Energy Agency

Verfügbar unter: <https://www.iea.org/reports/india-2020>

IEA (2021):

Global Energy Review: CO2 Emissions in 2020. Understanding the impacts of Covid-19 on global CO2 emissions. Article 2 March 2021. Paris: International Energy Agency

Verfügbar unter: <https://www.iea.org/articles/global-energy-review-co2-emissions-in-2020>

IEA (2021):

Global Energy Review 2021. Paris: International Energy Agency

Verfügbar unter: <https://www.iea.org/reports/global-energy-review-2021>

IEA (2021):

India Energy Outlook. Executive Summary. Paris: International Energy Agency

Verfügbar unter: <https://www.iea.org/reports/india-energy-outlook-2021>

IEA (2021):

Renewables Integration in India. Executive Summary. Paris: International Energy Agency

Verfügbar unter: <https://www.iea.org/reports/renewables-integration-in-india>

IPCC (2021):

Climate Change 2021. The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge University Press. In Press.

NOAA Research (2021):

Despite pandemic shutdowns, carbon dioxide and methane surged in 2020

Carbon dioxide levels are now higher than at anytime in the past 3.6 million years. Silver Spring: NOAA Research.

Verfügbar unter: <https://research.noaa.gov/article/ArtMID/587/ArticleID/2742/Despite-pandemic-shutdowns-carbon-dioxide-and-methane-surged-in-2020>

OECD (2021):

Climate Finance Provided and Mobilised by Developed Countries Aggregate trends updated with 2019 data. Climate Finance and the USD 100 Billion Goal. Paris: OECD Publishing

Oxfam Deutschland (2021):

Klimafinanzierung: Ein Überblick. Ursprünge, Konzepte und Baustellen der Klimafinanzierung. Berlin: Oxfam Deutschland

Senator Chris Coons and Representative Scott Peters (2021):

FAIR Transition and Competition Act of 2021. Protecting jobs, building resilience, and raising international climate ambition. Washington: Senator Chris Coons and Representative Scott Peters

The White House (2021):

U.S. Internationale Climate Finance Plan. Washington: The White House

The White House (2021):

The President's FY 2022 Discretionary Request. Washington: The White House, Office of Management and Budget

The White House (2021):

Executive Order on Tackling the Climate Crisis at Home and Abroad. Washington: The White House

UN (2021):

At UN, Biden pledges new era of 'relentless diplomacy' to tackle global challenges. Pressemitteilung vom 21. September 2021. New York: United Nations (UN)

UN (2021):

China headed towards carbon neutrality by 2060; President Xi Jinping vows to halt new coal plants abroad. Pressemitteilung vom 21. September 2021. New York: United Nations (UN)

UN (2021):

World's two largest economies commit to climate action – Guterres. Pressemitteilung vom 21. September 2021. New York: United Nations (UN)

UNFCCC (2021):

Nationally determined contributions under the Paris Agreement. Synthesis report by the secretariat. Advance Version FCCC/PA/CMA/2021/8. Bonn: UNFCCC-Sekretariat

UNFCCC (2021):

Interim NDC Registry. The latest submissions. Bonn: UNFCCC-Sekretariat

Verfügbar unter: <https://www4.unfccc.int/sites/NDCStaging/Pages/LatestSubmissions.aspx>

UNFCCC (2021):

Patricia Espinosa on National Climate Plans Submitted by 31 July. UN Climate Change News.
Verfügbar unter: <https://unfccc.int/news/patricia-espinosa-on-national-climate-plans-submitted-by-31-july>

WMO (2021):

State of the Global Climate 2020 (WMO-No. 1264). Genf: World Meteorological Organization (WMO)

World Bank Group (2021):

Adaptation Fund Trust Fund. Financial Report Prepared by the Trustee As of Jun 30, 2021. Washington: The World Bank Group

WWF (2021):

Expectations on loss and damage at COP 26. WWF Expectation Paper. Gland: World Wide Fund For Nature

Xinhua (2021):

Remarks by Chinese President Xi Jinping at Leaders Summit on Climate. Artikel vom 22. April 2021.
Peking: Xinhua
Verfügbar unter: http://www.xinhuanet.com/english/2021-04/22/c_139899289.htm

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 01	Entwicklung der globalen CO ₂ -Emissionen zwischen 1990 und 2020
Abbildung 02	CO ₂ -Emissionen der größten Emittenten 1990 vs. 2020
Abbildung 03	Entwicklung der Emissionen der größten CO ₂ -Emittenten 1990 bis 2020
Abbildung 04	Die größten Geberländer für die Wiederauffüllung des Green Climate Fund
Abbildung 05	Die größten Geberländer des Anpassungsfonds

Tabellenverzeichnis

Tabelle 01

Alte und neue NDCs der größten Treibhausgasemittenten im Vergleich

Ansprechpartner / Impressum

Dr. Manuel Schölles

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-246

Telefax 089-551 78-91 246

manuel.schoelles@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Oktober 2021

Weiterer Beteiligter

co2ncept plus – Verband der
Wirtschaft für Emissionshandel
und Klimaschutz e. V.

089-55 178-445
co2ncept-plus@vbw-bayern.de